
konsumsplitter

Bruchstücke einer globalen Konsumgesellschaft



Die Ausstellung „*konsumsplitter*“ greift verschiedene Aspekte der Auseinandersetzungen um die europäische Migrationspolitik auf. Einen Schwerpunkt bilden 30 Papierarbeiten zur globalen Konsumgesellschaft: den Auswirkungen von Konsum, Handel und europäischer Subventionspolitik auf die Lebensbedingungen in afrikanischen Staaten.

Hintergrund ist die Frage nach Fluchtgründen und dem Zusammenhang zu europäischer Politik.

Splitter. Die Themen der Arbeiten sind weder vollständig, noch sind sie in den Begleittexten erschöpfend behandelt. Begleitend zu den Bildern habe ich im Austausch mit *agis (antirassistische Gruppe internationale Solidarität, Darmstadt)* fragmentarische Texte verfasst. Sie wurden aus Pressemitteilungen und Veröffentlichungen erarbeitet.

Die Texte in diesem Reader stellen kein eigenständiges Material dar. Sie verstehen sich im Zusammenhang mit der Ausstellung und den dazugehörigen Quellen sowie weiterführenden Links auf der Webseite www.creativeart.de/konsumsplitter.

Um weitere Splitter von Euch/Ihnen zu sammeln, gibt es www.creativeart.de/creative/konsumsplitter-teilen.

Die Arbeiten sind auf alten Briefumschlägen aus Recyclingpapier in Mischtechnik erstellt.



Martina Hammel, 2013 / 2014 / 2017 / 2019 / 2020



Agrosprit / Biosprit



Die Produktion von Agrotreibstoffen ist zur Konkurrenz für die Nahrungsmittelproduktion geworden. Agrotreibstoffunternehmen konkurrieren mit Bäuerinnen und Bauern um den Zugang zu Anbauflächen. Dies scheint unter anderem für den Anbau der Jatropha-Pflanze zu gelten, die seit einigen Jahren zur Produktion von Biokraftstoffen besonders empfohlen wird. Angeblich wächst sie nur auf Brachland. In Tansania wurden tausende Reis- und Maisbauern vertrieben, um auf ihrem Land Jatropha, Sonnenblumen und Zuckerrohr anzubauen. In Ghana werden für den Jatropha-Anbau ganz besonders Bäuerinnen von ihrem Land verdrängt. Wertvolle Nahrungsquellen werden zugunsten von Plantagen abgeholzt.

Deutsche Investoren haben in den letzten Jahren 525.000 Hektar Land in Afrika gekauft – z.B. allein die Münchner Acasis AG 300.000 Hektar, unter anderem für den Anbau von Jatropha. Die Flächen liegen zu

einem großen Teil im vom Hunger geplagten Äthiopien.

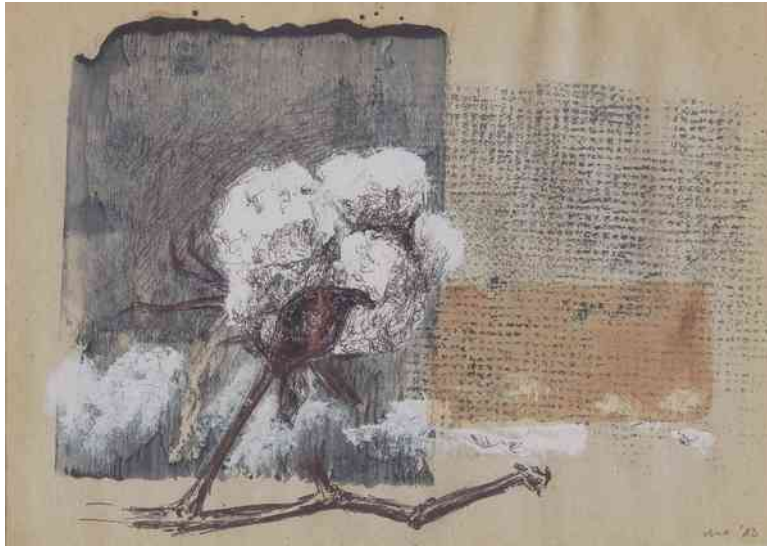
Die JatroSolutions GmbH hat 3.000 Hektar in Madagaskar für den Anbau der Jatropha-Pflanze gekauft. Hauptanteilseigner dieses Unternehmens ist die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW).

In Tansania, Madagaskar und Ghana fanden nach Landnahmen durch ausländische Unternehmen Proteste statt. Die Unternehmen wurden beschuldigt, die örtlichen Bäuerinnen und Bauern irreführend zu informieren, Gemeindeland von betrügerischen vermeintlich Besitzenden zu erlangen und Umweltschutzgesetze zu umgehen. In Madagaskar führten die Proteste 2008 zum Rücktritt des Präsidenten.

Verlieren lokale Gemeinden den Zugang zu ihren traditionellen Anbauflächen, sind sie mehr und mehr mit Nahrungsengpässen und Hunger konfrontiert – ihr Menschenrecht auf Nahrung ist bedroht.

(2013)

Baumwolle



Für den Anbau der Baumwolle eines T-Shirts werden rund 150g Gift auf dem Acker versprüht und bis zu 2.000 Liter Wasser verbraucht. Der direkte Kontakt mit gefährlichen Pestiziden ist mangels Aufklärung und Ausrüstung die Regel, gesundheitliche Beschwerden die Folge und Vergiftungen bis hin zum Tod keine Seltenheit. Mittlerweile stammen rund 75% der weltweit erzeugten konventionellen Baumwolle von genmanipulierten Pflanzen.

99% aller Baumwollbäuerinnen und -bauern leben in Ländern des globalen Südens und bewirtschaften jeweils weniger als 2 Hektar Land. Bis zum Jahr 2000 garantierte in Mali die Gesellschaft für die Entwicklung der Textilindustrie (CMDT), ein halbstaatliches Unternehmen, einen festen Abnahmepreis für Baumwolle. Auf Druck der Weltbank und des IWF wurde die CMDT privatisiert. Der Baumwollpreis wurde 1999 für die Länder des globalen Südens an den Weltmarktpreis angeglichen.

Als dann der Weltmarktpreis fiel, führte dies zu einem Sturz des Baumwollpreises in Mali.

Europäische Bäuerinnen und Bauern erhalten mit 5 US-Dollar pro Kilogramm Baumwolle die höchsten Subventionen weltweit. 2003 haben Bäuerinnen und Bauern aus Mali mittels 800.000 Unterschriften bzw. Fingerabdrücken eine Klage der malischen Regierung vor dem WTO-Schiedsgericht gegen subventionierte Dumping-Baumwolle aus den USA und der EU wesentlich unterstützt. Das Schiedsgericht der WTO in Genf hat die Subventionen der EU und der USA im April 2005 für unzulässig erklärt. Weder die EU noch die USA veranlassten jedoch grundlegende Schritte zum Abbau der Subventionen.

Bislang konnte in Mali die – insbesondere durch den Saatgutkonzern Monsanto, die Weltbank sowie diverse private Stiftungen – forcierte Einführung von gentechnisch manipulierten Baumwollpflanzen bis heute verhindert werden.

Dadaab



Weltweit sind über 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Menschen fliehen vor Verfolgung, Kriegen und bewaffneten Konflikten. Und sie fliehen aus Existenznot, ausgelöst durch Landraub, Vergiftung von Wasser und Böden oder Klimaveränderungen.

Die weitaus meisten Menschen fliehen im eigenen Land oder in umliegende Länder. Hauptaufnahmeländer weltweit sind die Türkei, Pakistan und Uganda. Im Libanon wurden die meisten Menschen im Verhältnis zu Einwohner*innen aufgenommen: eine von sechs Personen im Libanon ist geflüchtet.

Viele Jahre galt Dadaab in Kenia als das größte Flüchtlingslager weltweit. Dort wurden seit 1991 Menschen, meist aus Somalia, aufgenommen. Im Januar 2018 lebten 235.269 Menschen in Dadaab. Im Jahr 2017 wurde Dadaab von Bidi Bidi in Uganda als größtem

Flüchtlingslager in Afrika abgelöst. Mehr als 270.000 Menschen lebten dort. Sie kommen meist aus den angrenzenden Ländern wie dem Süd Sudan, der demokratischen Republik Kongo und Ruanda. (Das größte Flüchtlingslager ist wohl derzeit Kutupalong in Bangladesch. Dort leben 860.000 Menschen, fast ausschließlich Rohingya, Stand 2018) Hinter all diesen Zahlen stehen Menschen und ihre Geschichten.

Trotz vieler Rohstoffvorkommen gehört Uganda laut Vereinten Nationen zu den „Ländern mit dem niedrigsten Entwicklungsstand“. Auf der Skala von 189 Ländern rangiert Uganda auf Platz 162. 80% der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft.

Uganda gilt als das Land mit der liberalsten Flüchtlingspolitik in Afrika. Nach ihrer Registrierung bekommen die Geflüchteten in Uganda ein kleines Stück Land zugewiesen, auf dem sie sich eine Unterkunft errichten können. Sie erhalten die Möglichkeit, in geringem Umfang selbst eigene Landwirtschaft zu betreiben um zur Selbstversorgung beitragen zu können. (2019)

Erdöl



“The oil came down and destroyed everything...The oil doesn't allow yams or anything to grow...We cannot live well anymore.”

Taagaalo, a 65-year-old farmer from Ogoniland

Im Nigerdelta lagert das größte Ölvorkommen Afrikas. Der größte internationale Ölkonzern dort ist Shell. Der Rohstoffreichtum Nigerias im Nigerdelta ist ein Fluch für die Menschen aus den umliegenden Dörfern. Viele haben die verwüstete Umwelt schon verlassen. Nach einer Studie einer nigerianischen Universität im Jahr 2011 sind 2,4 Mio. Barrel Erdöl in das Nigerdelta gesickert. Militärpatrouillen zum Schutz der Förderanlagen gehören zum Alltag.

1989 begannen die Ogoni, die einen Teil des Nigerdeltas bewohnen, sich organisiert gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu wehren. Nach Demonstrationen mit über 300.000 Menschen musste

Shell 1993 seine Produktion im Ogoni-Gebiet vorübergehend einstellen. Die Folge war ein Schauprozess, nach welchem einige Aktivisten hingerichtet wurden. Durch die militärische Besetzung des Gebietes wurde die weitere Ölförderung gesichert. Da sich die Bedingungen für die Menschen nicht verbessert haben, dauert der Widerstand bis heute an.

Im Herbst 2012 gelang es vier nigerianischen Bauern und Fischern Shell, den größten ausländischen Ölproduzenten in Nigeria, wegen der Verseuchung ihrer Dörfer vor ein Gericht in Den Haag zu bringen. Im Januar 2013 wies das Gericht die Klage größtenteils ab. Lediglich einen Bauern muss Shell Nigeria für die Verschmutzungen entschädigen.

Ein Bericht vom November 2015 macht deutlich, dass sich die Verschmutzung der Böden und des Wassers durch Öllecks nicht verändert hat.

(2013/2016)

Fisch



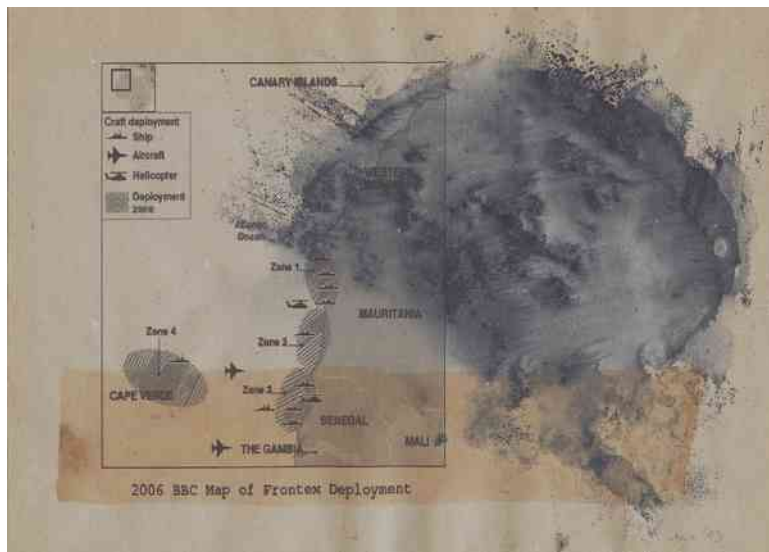
Die EU verfügt über eine Fischereiflotte, die bedeutend größer ist, als es für die Fischbestände der Union erforderlich wäre. Die Fischereiflotte beutete die Bestände in der Nordsee, der Ostsee, dem Mittelmeer und im Schwarzen Meer so aus, dass die europäischen Fangflotten keine ausreichenden Gewinne mehr einfahren können. Aus diesem Grund hat die EU Fischereiabkommen mit mehr als 20 Ländern abgeschlossen. Vor der westafrikanischen Küste, vor den Kapverden, Mauretanien, dem Senegal oder der Westsahara fischen große Industrieschiffe. Für die Fischer entlang der Küste bleibt so kaum etwas übrig.

Hochsubventionierte riesige Fischtrawler der EU-Staaten fischen an einem Tag so viel wie 40 bis 50 Boote afrikanischer Fischer in einem ganzen Jahr. Nur die Hälfte der 800 Fangschiffe von EU-Ländern fischt im Rahmen von offiziellen Fischerei-Abkommen. Der Rest fährt unter anderer Flagge oder hat private Vereinbarungen. Der vor den Küsten

Afrikas gefangene Fisch wird direkt auf den Fabrikschiffen weiterverarbeitet und dann wieder, teilweise subventioniert, zu Dumpingpreisen auf den afrikanischen Markt gebracht. Auf diese Weise wird der gesamte Fischereisektor Westafrikas in den Ruin getrieben. Würden die Länder den Fisch selbst verarbeiten, könnte beispielsweise Senegal sechsmal mehr verdienen.

Aufgrund der Überfischung verlieren viele Fischerinnen und Fischer Westafrikas ihre Lebensgrundlage und verkaufen ihre Pirogen für die Überfahrt nach Europa. Häufig sehen sie sich selbst zur Migration gezwungen.

Frontex



Frontex (für „Frontières extérieures“), eine von 44 „EU-Agenturen“, hat den Auftrag die EU-Außengrenzen zu überwachen und „irreguläre“ Migration zu verhindern. Seit der Gründung 2005 ist Frontex schnell gewachsen. 2005 belief sich der Etat auf 6,5 Millionen. Die Einflussbereiche wurden ständig erweitert, Ausrüstung und Etat erhöht. Im Oktober 2016 wurde aus Frontex die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache gebildet. Für das Jahr 2017 kann diese Agentur über einen Etat von 254 Millionen Euro verfügen.

Der Auftrag ist die koordinierende und militärische Absicherung der europäischen Grenzen – bis weit über die Grenzen der EU hinaus. Dabei verstößt Frontex immer wieder gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, das Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Im Jahr 2012 hat der Europäische Gerichtshof die sog.

„Push-backs“, die Zurückweisungen von Geflüchteten auf hoher See, für menschenrechtswidrig erklärt. Dennoch ist dies weiter Praxis.

Im Rahmen der EU-Marinemission „Sophia“ wird unter anderem die libysche Küstenwache ausgebildet, mit Beteiligung von Frontex. 2017 häuften sich Berichte von menschenrechtswidrigen Einsätzen der Küstenwache, bei denen Flüchtlingsboote in internationalen Gewässern abgefangen werden. Die Menschen werden dann in libysche Folterlager verbracht.

Längst werden nicht nur territoriale EU-Grenzen bewacht. 2010 wurde die Africa Frontex Intelligence Community gegründet, seit dieser Zeit haben 20 Treffen mit Geheimdienstchefs afrikanischer Länder stattgefunden. 21 afrikanische Staaten sind beteiligt. Diktaturen wie Eritrea und Sudan haben dabei Beobachterstatus. Das Ziel ist, ein vollständiges Bild der Migration in ganz Afrika zu erhalten für eine „Risikoanalyse“. Daraus entwickelte Strategien führen dazu, dass die Flüchtenden immer längere und gefährlichere Wege auf sich nehmen müssen, um nach Europa zu kommen. Frontex sichert nicht nur die Außengrenzen der EU sondern kooperiert mit Ländern wie Marokko, Niger, Mali oder Libyen u.a., um zu verhindern, dass Flüchtlinge ihren Weg fortsetzen können oder überhaupt antreten. (2017)

Gas Flaring / Verbrennen von Begleitgas bei der Erdölförderung



In der Regel wird bei der Erdölgewinnung ein Begleitgas freigesetzt, um den Druckaufbau im Untergrund zu verhindern. Dieses Gas beinhaltet zum Großteil Methan und andere Kohlenwasserstoffe, außerdem Schwefelwasserstoff, Kohlendioxid, Stickstoff, Edelgase und Schwermetalle. Mit einem technischen Mehraufwand könnte das Gas vom Rohöl abgetrennt und zur Nutzung aufbereitet werden. Stattdessen wird es aber von den Ölonternehmen meist abgelassen (gas venting) oder abgefackelt (gas flaring).

Das größte Erdölfördergebiet in Afrika ist das Nigerdelta. Seit Jahrzehnten wird dort durch die Erdölförderung die Lebensgrundlage der Bevölkerung vernichtet. Öllecks aufgrund veralteter Leitungen und Gasfackeln vergiften die Luft, die Böden und das Wasser. Nach Russland ist Nigeria das Land, in dem am meisten gas flaring betrieben wird.

In Nigeria brennen Gasfackeln des Ölkonzerns Shell Tag und Nacht. Seit 1979 benötigen Ölonternehmen in Nigeria eine staatliche Genehmigung, wenn sie Begleitgas verbrennen. Inzwischen ist es verboten. Eine Durchsetzung des Verbots findet nicht statt. Der nigerianische Staat erhält 55% der Einnahmen der Ölproduktion. 2009 machte das Erdöl 95% der Exporte und 80% der Staatseinnahmen aus. Die Gewinne des europäischen Ölkonzerns Shell, 14% seiner Produktion liegen in Nigeria, werden in Europa versteuert.

Hühnerreste



In Europa wird gerne Geflügelbrust gegessen und dafür auch ein höherer Preis bezahlt. Der Rest kann für weniger als die Erzeugerkosten verkauft werden. Was auf dem europäischen Markt nicht abzusetzen ist, muss anderweitig verwertet oder entsorgt werden. Aus Europa werden, teils von Steuergeldern subventioniert, Hähnchenreste nach Afrika exportiert. Seit der BSE-Seuche 1996 dürfen Hähnchenreste in Europa nicht mehr zu Tierfutter zermahlen werden. Die Fleischreste werden damit zu „Abfall“ und tiefgekühlt nach Westafrika entsorgt.

Deren Preis liegt dort zu zwei Drittel unter den lokalen Preisen. 2010 wurden 660.000 Tonnen Geflügelreste nach Ghana importiert. Sie zerstörten die lokalen Märkte und ruinierten westafrikanische Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Von fünf Arbeitsplätzen in der Eigenzucht von Hühnern gibt es vier nicht mehr.

IWF und Weltbank machten die Nichtumsetzung eines parlamentarischen Beschlusses über eine Zollerhöhung für Geflügelteile zur Bedingung für die weitere Kreditvergabe. Horst Köhler war damals Präsident des IWF.

In Kamerun bildete sich Ende 2003 eine unabhängige Bürgerbewegung. Sie setzte 2005 die Rücknahme aller Importgenehmigungen für Geflügel durch. 2006 wurde der Versuch, neue Importgenehmigungen zu erteilen, durch die erste Großdemonstration von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Geschichte des Landes verhindert.

Kakao



Kakao wird vor allem an den Warenterminbörsen London und New York gehandelt. Dabei wird auf die zukünftige Preisentwicklung spekuliert und Kakao der nächsten oder auch übernächsten Saison gekauft oder verkauft. Lediglich 2% dieser Geschäfte führen zur tatsächlichen Lieferung von Kakao. Die Ernten wechseln viele Male den Besitzer, bevor überhaupt eine einzige Bohne physikalisch bewegt wird.

42% der weltweiten Kakaoerträge kommen aus der Elfenbeinküste, ca. 600.000 Kinder arbeiten dort in den Plantagen, bis zu 15 Stunden täglich. Viele von ihnen kommen aus Burkina Faso, Mali, Togo oder Benin. Sie werden von Menschenhändlern entführt und auf Plantagen in der Elfenbeinküste verkauft. Ihre Besitzer beuten sie unbegrenzt aus und halten sie wie Sklaven. Zehn bis vierzehn Jahre alte Kinder werden für 120 bis 230 Euro verkauft.

Der Jahreslohn für Erwachsene, die das ganze Jahr über auf der Farm arbeiten, liegt bei den meisten zwischen 100.000 und 200.000 Franc CFA, umgerechnet 150 bis 300 Euro. Ein Viertel der Befragten in der Studie "Die dunklen Seiten der Schokolade" aus dem Jahr 2009 gab an, noch weniger zu verdienen.

Kartoffeln



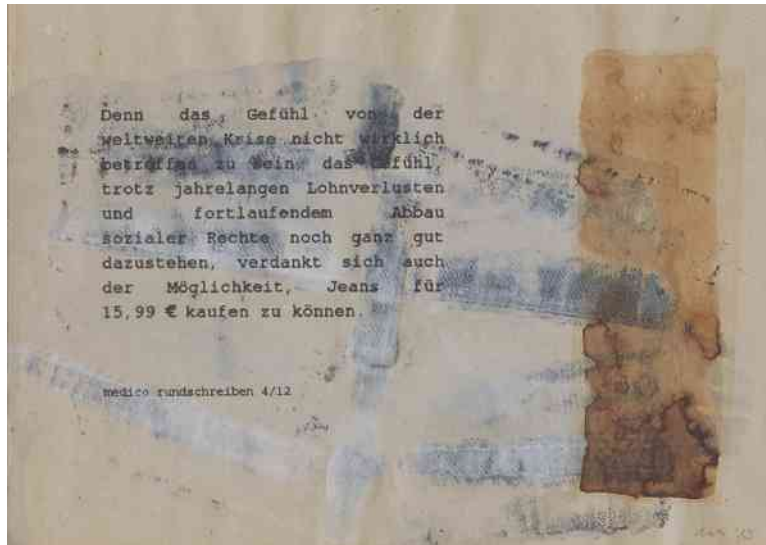
Immer mehr heimische Bio-Kartoffeln landen im Müll, weil Supermärkte Importe aus Ägypten anbieten. Deutschland ist weltweit an sechster Stelle der Kartoffelerzeuger und exportiert etwa 2 Mio. Tonnen Kartoffeln pro Jahr. Etwa 130.000 Tonnen Frühkartoffeln werden dennoch importiert, weil diese den optischen Anforderungen des Handels besser entsprechen.

Für ein Kilogramm Bio-Kartoffeln aus Ägypten werden ca. 300 Liter Wasser benötigt. Die künstliche Beregnung des Bodens muss bereits 10 Tage vor der Aussaat beginnen und während der Wachstumszeit fortgesetzt werden.

Meist werden dafür wichtige Grundwasservorkommen angebohrt, die sich im Laufe von Jahrtausenden angesammelt haben und sich kaum mehr erneuern – sogenanntes fossiles Wasser. Dieses Wasser fehlt bei

der Versorgung der Menschen vor Ort mit sauberem Trinkwasser. Bei heimischen Kartoffeln werden dagegen lediglich ca. 9 bis 11 Liter Bewässerungswasser pro Kilogramm eingesetzt.

Kleider



Im Schnitt kauft jeder Mensch in Deutschland rund 20 kg Textilien im Jahr, meist Kleidung. 750.000 Tonnen Altkleider werden jährlich gesammelt. Ein altes Kleidungsstück, das in Altkleidercontainern entsorgt wird, kann sich auf einem Markt in Afrika oder in einem Second-Hand-Geschäft in Osteuropa wiederfinden – oder als Dämmmaterial enden. Nur 4% der Spenden an das Deutsche Rote Kreuz werden über eine Kleiderkammer an Bedürftige in Deutschland abgegeben. Altkleider sind Rohstoff und Handelsware.

Altkleider für Afrika werden in Europa für 1,20 Euro pro Kilogramm vom Importeur aufgekauft und mit Aufschlag z.B. in Tansania weiter verkauft. Viele kleine Händlerinnen und Händler leben mittlerweile vom Altkleiderhandel. Durch die wachsende Armut in Tansania steigt auch der Bedarf an und der Handel mit Altkleidern.

Vor 20 Jahren gab es in Tansania eine eigene Textilindustrie. Für deren Niedergang werden asiatische Billigimporte und die Second-Hand-Kleidung aus Europa verantwortlich gemacht.

Klimaflucht



„Der Klimawandel, die Zerstörung des Ozeans, das Artensterben und andere existenzielle Probleme kommen vor allem von den Reichen – von uns.“ (Dankesrede von Dennis Meadows anlässlich der Verleihung des Deutschen Kulturpreises 2019)

Klimawandel betrifft alle, aber nicht alle gleich. Ähnlich der weltweiten Auswirkungen der “Corona-Pandemie” sind die Auswirkungen der Klimaveränderungen weltweit zu spüren, aber die Folgen treffen die Menschen sehr unterschiedlich. Die einen lassen eine Klimaanlage einbauen, die anderen müssen hinnehmen, dass ihre Felder vertrocknen und sie weder Nahrung noch Saatgut ernten können.

Die Wahrscheinlichkeit für Wetterextreme ist infolge der Klimakrise gestiegen. Menschen in den Ländern des globalen Südens, die am wenigsten zu dieser Krise beigetragen haben, sind von den Folgen weit

dringlicher betroffen. Die Mehrzahl der hungernden Menschen befinden sich schon jetzt in der Subsahara-Region. Zunehmende Trockenheit und Überschwemmungen begünstigen Heuschreckenplagen. Ernteerträge schrumpfen.

Der globale Norden ist hauptverantwortlich für die Klimakrise. An den europäischen Küsten wird in höhere Dämme investiert. Für ähnliche Anpassungsstrategien fehlen den Ländern des globalen Südens die Mittel und Handlungsspielräume.

Der Internationalen Organisation für Migration zufolge soll sich die Zahl der Klimaflüchtlinge seit dem Jahr 2000 von 25 auf 50 Millionen verdoppelt haben. Für das Jahr 2050 werden 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert.

(2020)

Landraub / Land Grabbing



Agrarland ist zu einem Investitions- und Spekulationsobjekt geworden. Die Ursachen sind vielfältig: die Explosion der Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008, die Finanzkrise, die Nahrungsmittelknappheit als Folge des Klimawandels sowie die steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen.

Rund 75% des Land Grabblings erfolgt mittlerweile in Afrika. Betroffen sind mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents, darunter auch krisengeschüttelte Staaten wie die D.R. Kongo, Süd-Sudan oder Äthiopien. Fast fünf Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Afrika ist von Land Grabbing betroffen. 66% aller Fälle betreffen Länder, in denen die Menschen ohnehin häufig Hunger leiden.

Deutsche Investoren haben laut der Land Matrix mehr als 500.000 Hektar Land gekauft. Die Deutsche Asset & Wealth Management GALOF (DWS) hat in Tansania 5.000 Hektar für den Anbau von Gerste

und Weizen sowie in Sambia 27.000 Hektar Land erworben. Die DWS ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Bank.

Land Grabbing verletzt das Recht auf Nahrung. Landlosen oder landknappen Gemeinschaften werden Acker- oder Weideflächen vorenthalten oder entzogen.

Häufig handelt es sich um Flächen, die bereits von Kleinbäuerinnen oder Kleinbauern genutzt wurden und die mit dem Landverkauf vertrieben werden. Viehzüchtern geht der Zugang zu Wasserressourcen verloren, denn das gepachtete Land ist nur so wertvoll wie die damit verknüpften Wasserrechte. Werden – wie so oft – Pachtverträge über bis zu 99 Jahre abgeschlossen, so hat das auch Auswirkungen auf künftige Generationen.

Milchpulver



Im Januar 2009 hat die EU aufgrund des Preisverfalls von Milch Subventionen für den Export von Milchprodukten zeitweise wieder eingeführt. Die Importe von billigem Milchpulver vernichteten in der Folge die Lebensgrundlage kleiner Milchbäuerinnen und Milchbauern in Uganda, Burkina Faso und Sambia. Sie bekamen auf dem lokalen Markt für ihre frischen Erzeugnisse nur so viel, wie das importierte Milchpulver kostete.

Nicht die EU ist der größte Exporteur für Milchpulver nach Sambia. Es ist Südafrika. Südafrika hat mit der EU ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet und importiert daher auch Milchpulver mit geringeren Zöllen aus der EU. Es wird vermutet, dass ein Teil des nach Sambia exportierten Milchpulvers umdeklarierte oder umgepackte Ware aus der EU ist. Da sich Sambia und Südafrika in einem regionalen Wirtschafts-

und Handelsbündnis befinden, gibt es hier keine oder nur geringe Zölle. Über diesen Umweg landet europäisches Milchpulver in Sambia.

Die Abhängigkeit von Weltbank und IWF verschärft die Problematik, da die Abschaffung von Zöllen gegenüber europäischen Produkten häufig zur Auflage gemacht wird, um Kredite zu erhalten.

Mittelmeer



In den letzten Jahren starben weltweit die meisten Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeer. Allein 2016 starben laut IOM im gesamten Mittelmeer 5.143 Menschen, oder sie wurden vermisst.

Als am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa 366 Menschen bei einem der größten Schiffsunglücke ertranken, gab es entsetzte Reaktionen. Italiens Regierung reagierte damals mit der Aktion „Mare Nostrum“. Weil die EU die Rettungsaktionen finanziell nicht unterstützte, wurde das Programm Ende 2014 beendet. Im Oktober 2016 wird Frontex zur „Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache“ umgebildet. Ihre Schiffe übernehmen Gerettete von privaten Seenotrettungsdiensten wie Sea Watch, die wiederum vor der libyschen Küste kreuzen. Auf der Fahrt zum Festland werden die Geflüchteten fotografiert, DNA-Proben genommen, Befragungen

durchgeführt und Mobiltelefone ausgewertet um "Schlepper" zu identifizieren.

Die internationalen Seerechtsübereinkommen besagen, dass alle Schiffe dazu verpflichtet sind, Menschen in Seenot zu retten, wenn sie sich dadurch nicht selbst in Gefahr begeben. Internationale Handelsschiffe haben zwischen Mitte 2014 und Sommer 2015 über 40.000 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet, entsprechend dieser Abkommen. Seit der Schließung der „Balkanroute“ und dem EU-Türkei-Abkommen hat sich die Fluchtroute erneut ins zentrale Mittelmeer verlagert. Kaum seetüchtige Boote starten von Ägypten und vor allem von Libyen in Richtung Italien. Bis Mitte des Jahres 2017 verzeichnetet die IOM 2.361 Tote (24. Juli 2017) im gesamten Mittelmeer.

„Migration (...) ist eine egalisierende Bewegung. Und solange die Aussichten auf eine Existenz, eine Perspektive vor und hinter Europas Toren so ungleich verteilt sind, so lange wird die Migration stark sein.“ Christian Jakob, 11. 4. 2016, taz

(2017)

Palmöl



Die ursprüngliche Verbreitung der Ölpalme liegt in Westafrika. Europäische Kolonialregierungen brachten sie nach Südostasien, um dort großflächige Monokulturen anzulegen.

Palmöl ist geruchsfrei, lange haltbar und lässt sich bei unterschiedlichsten Temperaturen verarbeiten. Ein idealer „Rohstoff“, der heute in Pizza, Müsliriegeln, Schokolade, Kosmetikprodukten und vielem mehr verwendet wird. 5 Millionen Tonnen Palmöl werden in Europa jährlich verbraucht, ein Zehntel der weltweiten Produktion. In Deutschland werden vierzig Prozent des Verbrauchs für Biosprit verwendet.

Der Verbrauch hat sich in den letzten 15 Jahren weltweit verdoppelt. Ebenfalls in diesem Zeitraum expandierten monokulturelle Ölpalmlantagen in den Ländern West- und Zentralafrikas. Öffentliches

Land wurde an Konzerne weitergegeben.

Um sich gegen diese Entwicklung zu stellen, trafen sich im August 2017 Aktivistinnen und Frauengruppen aus Sierra Leone, Kamerun, Liberia und Guinea, die von der Ausweitung der Ölpalmlantagen betroffen sind. Palmöl ist ein wichtiger Bestandteil der Küche West- und Zentralafrikas, die traditionelle Herstellung ein wichtiger Wirtschaftszweig für Frauen dort. Mehr und mehr verlieren sie diesen Wirtschaftszweig an die großen Plantagenunternehmen. Die Frauengruppen und Aktivistinnen verfassten zum Abschluss ihres Treffens eine Deklaration, die sich gegen den Angriff auf ihre Lebensgrundlagen wendete - „in dem Bewusstsein, dass Frauen eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Landraub und die Enteignung ihrer Gemeinschaften spielen.

(2019)

Plan África



Im Jahr 2006 flohen mehr als 30.000 Menschen vom afrikanischen Kontinent auf die kanarischen Inseln. Eine offizielle Zahl über die Vermissten und Toten gibt es nicht. Ihr Ziel war Europa, Spanien. Sie setzten überwiegend von Senegal und Mauretanien über. 2015 waren es nur noch 220 Menschen. Im Jahr 2006 startete Spaniens Regierung den „Plan África“, durch welchen Abkommen mit verschiedenen westafrikanischen Staaten abgeschlossen werden sollten. Vor allem sollte es darin um die Kontrolle der Migration gehen.

Mauretanien verpflichtete sich mit ihrer Gendarmerie Menschen auf Ihrem Weg nach Europa aufzuhalten. Senegal erhielt Geld, Boote und Hubschrauber um gemeinsam mit der Guardia Civil die Küste zu überwachen. Beide Länder sicherten über die Abkommen zu, Geflüchtete auf den Kanarischen Inseln ohne weitere Prüfung wieder

zurückzunehmen. Über einen Asylantrag wurde nicht entschieden.

Der Senegal gehört zu den ärmsten Länder der Welt (Human Development Index des UNDP Platz 170 unter 188). Obwohl niemand um sein Leben fürchten oder verhungern muss, wollen viele weg. Wie viele afrikanische Länder verfügt auch der Senegal über reiche Ressourcen, die jedoch überwiegend von ausländischen Konzernen ausgebeutet werden. Profit hieraus ziehen die Eliten des Landes, der Hauptanteil der Bevölkerung bekommt nicht viel davon ab. Die Existenzgrundlagen - Landwirtschaft, Viehzucht und Fischfang – werden seit Jahren zerstört. Zur Zeit lebt eine/r von sechs Menschen im Senegal von der Fischerei.

Nach wie vor gehören die Menschen aus Senegal, laut Frontex, zur 5. größten Gruppe, die eine Perspektive in Europa suchen. Viele versuchen über Arbeit in Europa ihre Familien zu ernähren (im Jahr 2005 wurden 449 Millionen Euro rücküberwiesen). Denn die Fluchtursachen haben sich nicht verändert. Die heutigen EU-Programme im Rahmen des „Compact for Africa“ stehen in der Tradition des „Plan África“. Sie beseitigen keine Fluchtursachen sondern verhindern und kontrollieren Migration. (2017)

Rosen



In Deutschland werden das ganze Jahr Rosen verkauft. Über zwei Drittel dieser verkauften Rosen stammen aus Kenia. Nur für den Valentinstag 2010 waren dies zehn Lufthansa-Cargo-Frachtflugzeuge oder 850 Tonnen. Trotz des Transports ist die Klima-Bilanz der Rosen aus Kenia besser als die der Rosen aus den Niederlanden, da in Kenia die Gewächshäuser nicht beheizt werden müssen.

Am Rande der Stadt Naivasha liegen Rosenplantagen. Etwa 50.000 Menschen arbeiten dort und haben sich in der näheren Umgebung angesiedelt. Der Wasserspiegel des Naivasha-Sees in Kenia sinkt in dem Maße, wie die Blumenproduktion steigt. In der Folge entsteht Wassermangel für die Menschen, die Böden werden durch Pestizide und Abwasser vergiftet.

Seit mehr als 10 Jahren verhandelt die EU mit mehreren afrikanischen Staaten die Economic Partnership Agreements (EPA), Freihandelsabkommen. Die afrikanischen Länder sollen ihre Märkte für europäische Importe öffnen. Die Staaten erhalten dafür zollfreien Zugang zum europäischen Markt. Viele Staaten, darunter auch Kenia, weigerten sich lange Zeit ein solches Abkommen zu unterzeichnen, da Nachteile für die heimische Wirtschaft befürchtet werden.

Am 1.10.2014 verhängte die EU Einfuhrzölle - von 8,5 Prozent bis weit über 30 Prozent z.B. auf Schnittblumen - um Druck zu erzeugen. Im November 2014 unterschrieb Kenia ein Übergangsabkommen mit der EU. Ende 2016 entschied sich Kenia das Freihandelsabkommen zu unterzeichnen.

Seltene Erden



Seltene Erden nennt man Metalle, die eine zentrale Funktion bei der Produktion von Festplatten, Displays, Elektromotoren, Handys usw. haben, z.B. Tantal, Niob und Zirkonium.

Mehr als 95% der so genannten Seltenen Erden werden zurzeit von China gefördert. Inzwischen hat die chinesische Regierung Handelsabkommen mit verschiedenen afrikanischen Ländern getroffen, um sich dort die Explorationsrechte zu sichern.

Auch die Düsseldorfer Tantalus AG schürft im nördlichen Madagaskar nach seltenen Erden.

Coltan ist ein wichtiger Grundstoff für das seltene Tantal, ohne das kein Handy auskommt. In kongolesischen Minen schürfen die Bergleute mit bloßen Händen danach. Selbstverständlich gibt es keine geregelten Arbeitszeiten, Versicherungen oder festen Lohn. Deshalb arbeiten dort

viele Kinder. Milizen und Rebellen kontrollieren den Coltanhandel. Mit den Erträgen verdienen die bewaffneten Gruppen fast 225 Mio. Dollar pro Jahr und finanzieren damit einen Krieg in Ost-Kongo, in dem – seriösen Schätzungen zufolge – bereits 1,7 Mio. Menschen starben.

Das Schweizer Unternehmen Glencore besitzt 75% der Anteile an einem der größten Minenunternehmen des Kongo, Katanga Mining Limited (KLM). Verschiedene NGOs kritisieren Glencore, weil die Minen keinerlei Sicherheitsstandards aufweisen. Die Untersuchung der Schweizer Organisation „Brot für Alle“ berichtet von Todesopfern, katastrophaler Umweltverschmutzung und systematischer Kinderarbeit.

Soja



Soja ist ein wesentlicher Bestandteil in vielen Nahrungsmitteln. Ohne die Importe von Soja, die auf ehemaligen Tropenwaldflächen und in Afrika angebaut werden, wäre die Massentierhaltung in Europa nicht möglich. Nach dem Verbot der Verfütterung von Tiermehl im Zuge der BSE-Seuche stieg der Sojaschrotimport um 10% an. Mehr und mehr soll Soja auch für die Herstellung von Treibstoffen verwendet werden.

Früher wurden in Europa Leguminosen als Tierfutter angebaut. Heute müssen jährlich 40 Mio. Tonnen Soja als Viehfutter importiert werden. Das beansprucht rund 20 Mio. Hektar in Übersee und entspricht einem Zehntel der gesamten Agrarfläche der EU. Die Bohnen werden weltweit mittlerweile zu ca. 75% mit gentechnisch veränderten Pflanzen produziert.

Über 95% des Gen-Soja sind gegen spezielle Pestizide resistent, wie z.B. Roundup von Monsanto. Monsanto verdient am Verkauf des Gen-Saatguts und der Pestizide, die auf die Herbizidresistenz des Saatguts abgestimmt sind. Schätzungen zufolge werden weltweit jährlich insgesamt 2,5 Mio. Tonnen Pflanzengifte gespritzt.

Tomatenpaste



Tomatenpaste aus Europa verdrängte in Ghana frische Tomaten auf den Marktständen. 1998 wurden etwa 3.300 Tonnen Tomatenpaste eingeführt. 2004 waren es bereits 24.700 Tonnen. In wenigen Jahren ist der Anteil heimischer Tomaten von 92% auf 57% gesunken. 2012 deckte Ghana 90% seines Tomatenverbrauchs durch EU-Importe.

Insgesamt exportieren die Europäer jährlich 400.000 bis 500.000 Tonnen ihrer Produktion von 11 Mio. Tonnen. Für einen Teil der Exporte, 135.000 Tonnen, bekommen sie eine Exportvergütung von 15 Cent pro Kilo.

Europäische Konzerne verkaufen exportierte Tomatenmark-Dosen in Ghana für 29 Cent. Ohne Subventionen müssten sie 58 Cent verlangen. Die ghanaischen Hersteller wären mit 35 Cent deutlich im Vorteil.

Seit Dezember 2007 haben Ghana und die EU ein Interims-Abkommen im Rahmen der geplanten "Economic Partnership Agreements" (EPA)

unterzeichnet, die eine weitgehende Marktöffnung vereinbaren. Bislang wurde das endgültige EPA-Abkommen noch nicht abgeschlossen. Strukturanpassungsprogramme des IWF, die ähnliche Forderungen an die Regierung beinhalten wie das EPA, haben große Teile der ghanaischen Landwirtschaft in den Ruin getrieben. Subventionen und Mindestpreisgarantien müssen gestrichen werden, die Kreditvergabe wird eingeschränkt, Privatisierung und Liberalisierung stehen auf dem Plan.

Wasser



In unseren Regionen ist Trinkwasser ein Lifestyle-Produkt: Perrier, Volvic, Pure Life, Ja-Wasser? Außerdem steht Deutschland, nach den USA, an zweiter Stelle beim Import virtuellen Wassers: ob Erdbeeren aus Südspanien, Kakao aus Ghana, Rindfleisch aus Brasilien. Der Wasserfußabdruck Deutschlands ergibt pro Mensch und Tag einen Verbrauch von über 5288 Liter pro Tag, zwei Drittel davon werden importiert.

Laut UNICEF haben drei von zehn Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In vielen Ländern des globalen Südens, beispielsweise afrikanischen Ländern, gehen vor allem Mädchen und Frauen weite Wege, im Durchschnitt 6 km, um das Wasser für die Familie zu beschaffen. Mädchen werden häufig aus diesem Grund nicht zur Schule geschickt.

Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) schätzt, dass im Jahr 2025 1,8 Mio. Menschen unter chronischem Wassermangel leiden werden. Die Vereinten Nationen rechnen in den nächsten 15 Jahren aufgrund von immer schneller wachsenden Trockengebieten mit 50 Mio. Umweltflüchtlingen.

Weltweit nehmen die Konflikte um Wasser zu. Seit 2015/2016 herrscht in Ostafrika eine Dürrekatastrophe. In Äthiopien kommt es in der Region Oromia und Somali immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen um Wasserressourcen zwischen Hirten und Kleinbauern.

Vier von zehn Menschen in Äthiopien haben keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. In der Region Oromia hat sich Nestlé bei Abyssinia Springs, einem großen lokalen Unternehmen in Sachen Wasserprivatisierung, die Mehrheit gesichert. Abyssinia Springs hat kürzliche eine Abfüllfabrik für Flaschenwasser eröffnet. Im Jahr 2016 förderte dieses in der Region 50.000 Liter Wasser pro Stunde. Das ist mehr als die Hälfte dessen, was über die öffentliche Wasserversorgung der Bevölkerung im gleichen Zeitraum zur Verfügung stand. Das Wasser wird auch in Äthiopien vermarktet. Flaschenwasser, das dort für die meisten Menschen unbezahlbar ist. (2013/2017)
